

🛖 | Politik | Corona-Krise: SP fordert Gesamtstrategie mit Ampelsystem



© 13.12.2020, 20:27 Uhr

Bund soll bis Ende Jahr Gesamtstrategie vorlegen

SP fordert Einführung einer Corona-Ampel

Die SP verlangt von Bund und Kantonen eine Corona-Gesamtstrategie bis Ende Jahr in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Wirtschaft. Das neue Führungsduo mit Mattea Meyer und Cédric Wermuth präsentiert seine Forderungen.





«Die Schweiz wurde von der zweiten Welle überrollt. Sie hat die Kostenfrage über die Gesundheit der Menschen gestellt und deshalb darin versagt, das Virus...

In der Corona-Krise hat die Linke eigentlich viel erreicht: Eine Ausweitung von Kurzarbeit und Erwerbsersatz, Ausfallentschädigungen für Kultur und Sport, eine Härtefallregelung für besonders stark betroffene Unternehmen. Ein Milliarden-Paket, mit welchem der Staat den Corona-Betroffenen unter die Arme greift.

Der SP reicht das aber nicht. Das neue Führungsduo mit Mattea Meyer (33) und Cédric Wermuth (34) fordert weitergehende Massnahmen. «Statt eines Flickenteppichs braucht es jetzt wirksame, einheitliche und nachvollziehbare Massnahmen», schreibt die SP in einer Mitteilung. «Bis Ende Jahr müssen Bund und Kantone eine kohärente Strategie zur Bewältigung der gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise vorlegen.» Ansonsten müsse der Bund das Ruder wieder übernehmen.

Ampelsystem und Wirtschaftshilfe

Konkrete Forderungen präsentierte die SP am Dienstag an einer Medienkonferenz. Das sind die wichtigsten Punkte:

Ampelsystem Zu Gesamtstrategie der SP gehört ein Ampel-Frühwarnsystem. Dieses soll bei vordefinierten Kennzahlen entsprechende Verschärfungs- oder Lockerungsmassnahmen auslösen. Der Bundesrat hat ein solches Ampelsystem bisher allerdings abgelehnt. «Ein Ampelsystem ist zu starr», schreibt SP-Bundesrat Alain Berset (48) in einem **vertraulichen Aussprachepapier von Ende Oktober.** Anstatt nach fixen Grössen müsse man sich nach der Intensität der Pandemie richten, aber auch nach Parametern wie Regionalität oder der Verfügbarkeit von Schutzmaterialien und Medikamenten.

Corona-Prämie für Gesundheitspersonal Das Gesundheitspersonal in Spitälern und Heimen soll entlastet werden. Die Arbeitsbedingungen sollen verbessert werden. Das Personalbudget soll um rund 5 Prozent aufgestockt werden, um mehr Personal einzustellen. Zudem sollen die Löhne erhöht werden. Ebenso soll das Gesundheitspersonal eine Einmalprämie für das Corona-Jahr 2020 erhalten – zum Beispiel ein zusätzlicher Monatslohn.

Lohnausgleich für Geringverdiener Wer mit einem tiefen Lohn in Kurzarbeit muss, kommt mit dem verbleibenden Geld kaum über die Runden. Für die ersten 4000 Franken soll der Lohn deshalb zu 100 Prozent ausgeglichen werden statt nur zu 80 Prozent. Zudem soll der Bund die Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber übernehmen.

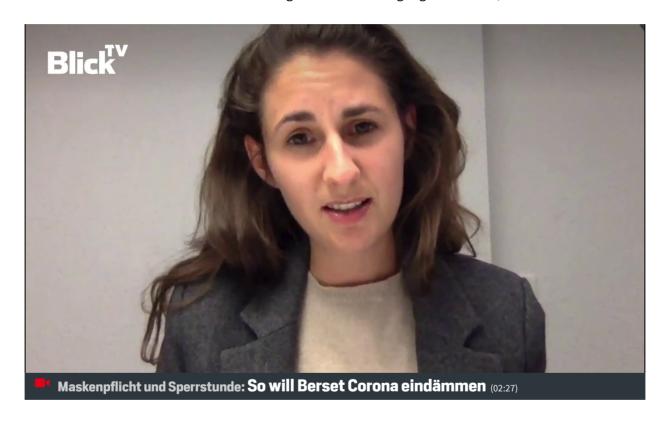
Wirtschaftshilfe Der Wirtschaft will die SP kurzfristig mit einem Teilerlass der Geschäftsmieten unter die Arme greifen, der im Parlament aber auf der Kippe steht. Zudem will die den Mieterlass auf weitere Bereiche ausdehnen. Bei den Härtefallmassnahmen für stark betroffene Unternehmen sollen auf A-fondsperdu-Beiträge für ungedeckte Fixkosten ausgerichtet und schnell umgesetzt werden.

«Hü-und-Hott-Politik» beenden

«Die Schweiz wurde von der zweiten Welle überrollt. Sie hat die Kostenfrage über die Gesundheit der Menschen gestellt und deshalb darin versagt, das Virus effektiv einzudämmen», so Co-Präsidentin Mattea Meyer vor den Medien in Bern. «Diese unsolidarische, vermeintlich auf Kostenvermeidung ausgerichtete 〈Hü-und-Hott-Politik〉 muss endlich ein Ende haben.»

Und Co-Chef Cédric Wermuth betont: «Wir müssen eingreifen können, und zwar lange bevor wir wieder in eine Situation geraten, die brutale und undifferenzierte Lockdown-Massnahmen erfordert.»

Die Akzeptanz der gesundheitspolitischen Massnahmen stehe und falle mit den wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen, ergänzt SP-Fraktionschef Roger Nordmann (47). «Die Krise kann noch lange dauern. Punktuelle Hilfen für wenige Monate, die zudem ständig angepasst werden, sind nicht mehr zielführend», so der Waadtländer. «Alle wirtschaftlichen Hilfen müssen während der gesamten Krise zugänglich bleiben, um Existenzen zu sichern.»



Alle Kommentare

Einloggen und einen Kommentar schreiben... Xaver Wadeler 13.12.2020, 18:17 Uhr Ich stelle fest, dass die SP die Schuldigen rechts suchen, dabei ist es Ihr Gesundheitsminister wo dafür verantwortlich ist, dass die Leute um Existenzen bangen müssen. Melden Antworten **Philipp Rittermann** 25.11.2020, 08:22 Uhr die sp fordert und fordert und fordert. den preis dafür bezahlen immer "die andern." so geht das nicht. Melden **Antworten** Paul Streuli 25.11.2020, 14:07 Uhr \rightarrow Die JUSO will, die SP fordert. Melden **Antworten** Walter Beetschen 14.12.2020, 02:01 Uhr Herr Rittermann: Fordert nur die Linke? Es gibt eine Partei im Rechten Bereich, die auch nur fordert aber nicht bereit ist auch Verantwortung zu übernehmen! Melden **Antworten** 0 0 0 0



Einloggen und eine Antwort schreiben...

Tino Waldmann 24.11.2020. 18:10 Uhr

Für jede Forderung, sollte die SP, 50.000.00 CHF bezahlen. Dies nicht von der Partei, sondern aus dem Privat Vermögen. Ob dann die zwei, die Sache etwas anders angehen?











Melden

Antworten

Olufsen Barely 24.11.2020, 18:02 Uhr

Eine Strategie wäre allerdings mal begrüssenswert. Bis jetzt konnten wir ja genug pröbeln. Jede Verlängerung des Schlingerkurses macht die Steuerzahler und die Nachwelt ärmer.













Melden

Antworten

Antonio Retica 24.11.2020, 15:51 Uhr

Frau Meyer hören Sie auf immer nur zu fordern. Ich erwarte von den linken Besserwisser konkrete, belastbare und mehrheitsfähige Problemlösungen. Bisher habe ich aber dazu nichts gehört. Melden Sie sich doch wieder wenn Sie konkrete Lösungen haben.











Melden

Antworten

 \rightarrow

Yanik Steinhauser

24.11.2020, 16:33 Uhr

Also niemehr:-)











Melden

Antworten

